



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.  
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:  
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.  
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt  
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr  
inklusive Bestellgeld.

Nr. 38.

Berlin, den 22. Dezember 1918.

13. Jahrgang.

## Kapitalistisches und sozialistisches Strafrecht.\*)

Von Siegfried Weinberg.

Schon vor der großen Umwertung aller Werte, die am 9. November anhub, war die Erkenntnis weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus verbreitet, daß unser geltendes Strafrecht dringend einer völligen Umgestaltung bedarf. Jetzt, wo das Volk auf politischem Gebiete seine Ketten gesprengt hat, erscheint die Fortsetzung des alten Systems auf dem Gebiete des Strafrechts geradezu unmöglich. Eine Revolutionierung unseres gesamten Strafrechts ist eins der dringendsten Gebote der Stunde. Unser geltendes Strafgesetzbuch ist in den Jahren des Norddeutschen Bundes entstanden. Es ist nichts als ein Abklatsch des preussischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1851 und dieses wiederum nichts als die bairische Uebersetzung des napoleonischen Strafgesetzbuches vom Jahre 1810.

Alle bisherigen Reformversuche mußten im besten Falle Halbheiten bleiben, weil das alte Regime mit der Strafrechtspflege die insamsien Nebenzwecke verband, und weil das Ziel der Beseitigung der Kriminalität als sozialer Erscheinung unter dem kapitalistischen System unerreichbar war. Erst jetzt, da die politische Bevormundung gefallen ist, und der Sturz des Kapitalismus in greifbarer Nähe winkt, ist eine wirklich gedeihliche Strafrechtspflege möglich. Lebende Kräfte eröffnen sich hier dem Gesetzgeber.

Trotzdem, vom Strafrecht im alten Sinne wird wenig übrig bleiben; nur als ein Teil der sozialen Fürsorge wird es weiter bestehen. Auch in seinem Anwendungsgebiet wird es wesentlich eingeschränkt werden. Ist es doch eine Binsenwahrheit, daß die furchtbaren Ziffern der Kriminalstatistik zum größten Teil zurückzuführen sind auf das Elend des kapitalistischen Systems. Die Zunahme der Kriminalität war bisher weit stärker als das Wachstum der Bevölkerung. Der „Jungbrunnen“ des Weltkrieges hat besonders in den letzten Jahren die Kriminalitätszahlen auf das ungeheuerlichste anschwellen lassen. Die Kriminalstatistik setzt uns in die Lage, diese erschreckenden Ziffern fast ausnahmslos auf soziale Faktoren zurückzuführen, die mit dem Sturze der alten Gesellschaftsordnung ohne weiteres verschwinden dürften. War doch stets die Magie des Kapitalismus:

„Ihr laßt den Armen schuldig werden,  
dann überlaßt ihr ihn der Pein“.

Es ist statistisch nachgewiesen, daß die Kurven des Verbrechens sich ganz analog den Kurven der wirtschaftlichen Entwicklung bewegen. Die Zeiten der wirtschaftlichen Krisen, die ja legitime Kinder des Kapitalismus sind, sind auch stets die Zeiten des Anschwellens der Verbrechensziffern gewesen. Der Winter mit seiner erhöhten Not für die Masse des Volkes hat auch die Verurteilungen wegen Eigentumsdelikten alljährlich um mehr als dreißig Prozent anschwellen lassen. Es ist festgestellt worden, daß von den Zuchthäusern drei Viertel ein Einkommen von unter 900 Mark hatten, also in grauestem Elend lebten. Das Wohnungselend mit dem Zusammenpferchen der Bevölkerung in unzureichenden Räumen hat auf dem Gebiete der Sittlichkeitsverbrechen geradezu verheerend gewirkt. Ein besonderer Schandfleck des Kapitalismus ist das Kapitel der sogenannten jugendlichen Verbrecher. Statt Bildung, Erziehung und sozialer Fürsorge kamte die alte Gesellschaft für die Kinder des Volkes nur Gefängnis und Elend. Mehr als fünfzigtausend Unerwachsene wurden jährlich vom Strafrichter verurteilt. Vor allem die Unehelichen, deren Leidensweg besonders dornengepflastert war, fielen dieser Barbarei zum Opfer. Das Elend der Frühverwaisten bot gleichfalls ein gutes Rekrutierungsfeld

für das Verbrechertum. Ebenso sind die Beziehungen zwischen mangelhafter Schulbildung und Verbrechertum statistisch nachgewiesen. Dasselbe gilt von der Barbarei des Kapitalismus, bereits die Kinder in die Fron der Mehrwertserzeugung zu spannen. Ist doch z. B. festgestellt, daß von den jugendlichen Gefangenen in Wlöhensee siebzig Prozent während der Schulzeit erwerbstätig waren. Auch der Alkoholismus, dieses unselige Narzotikum gegen das Elend des kapitalistischen Systems, hat, wie statistisch nachgewiesen, sein wohlgerichtetes Maß von Schuld an der Hochstuf des Verbrechertums.

Wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß mit der Beseitigung des Kapitalismus auch die vorstehend geschilderten Ursachen des Verbrechens fortfallen, und daß damit die Zahl des Verbrechertums sich auf ein Minimum reduzieren wird.

Unsere Strafrechtswissenschaft unterscheidet Eigentumsdelikte, Rohheitsdelikte und Delikte gegen die öffentliche Ordnung. Eine Gesellschaftsordnung, die jedem Mitgliede der Volksgemeinschaft die Verwirklichung seiner berechtigten Lebensbedürfnisse garantiert, wird die Zahl der Eigentumsvergehen zusammenschmelzen lassen. Gute Schulbildung für jedes Kind des Volkes und die Erfüllung des Lebens aller Volksgenossen mit den hohen Idealen wahrer Kultur und Gerechtigkeit wird den Rohheitsdelikten den Nährboden entziehen. Eine öffentliche Ordnung, die den wahren Interessen der Volksgemeinschaft entspricht, wird weniger Verletzungen ausgesetzt sein als die bisherige „Ordnung“ des kapitalistischen Terrors.

Immerhin wird es auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht an Individuen fehlen, die sich in derartigen Weise gegen die elementarsten Erfordernisse gesellschaftlichen Zusammenlebens vergehen, daß im Interesse der Gesamtheit ihre Unschädlichmachung erforderlich wird. Wir dürfen jedoch mit Bestimmtheit erwarten, daß das Verbrechertum mit dem Sturze des Kapitalismus aus einer sozialen zu einer individuellen Erscheinung wird.

Das Gebiet des gesamten Strafrechts zerfällt in das materielle Strafrecht, das im Strafgesetzbuch und seinen Nebengesetzen geregelt ist, in den Strafprozeß und den Strafvollzug.

Mit der Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzbuches waren bereits unter dem alten Regiment mehrere Kommissionen befaßt, deren Ergebnisse in den verschiedenen Strafgesetzbüchern vorliegen. Diese zeichnen sich jedoch weniger durch kriminalistische Fortschritte als durch politische Verfolgungssucht aus. Sie waren ein brutales Attentat auf die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse. Diese Entwürfe haben deshalb zum größten Teil nur noch Narkotikumwert.

Was den allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches betrifft, so verlangen wir zunächst die Beseitigung der Todesstrafe, deren Anwendung unsere Gesellschaft schändet. Das alte jus talionis, das Vergeltungsprinzip des kirchlichen Strafrechts, hat endgültig ausgespielt. Ein Vergleich der Kriminalstatistik der einzelnen Länder zeigt, daß die schwersten Verbrechen sich zahlreicher in den Ländern finden, welche die Todesstrafe kennen, als in denjenigen, die sie abgeschafft haben.

Wir verlangen ferner die Beseitigung der brutalen Mindeststrafen unseres Strafgesetzbuches. Die Beseitigung der Klassenjustiz, die unsere bisherige Strafrechtspflege geschändet hat, macht es möglich, den Richtern größere Freiheit zu lassen für die individuelle Beurteilung der Straftaten. Der Grundsatz, daß nicht das Verbrechen, sondern der Verbrecher zu richten ist, den wir in unserer alten durch Klassengegenstände zerklüfteten Gesellschaft ablehnen mußten, um den Mißbrauch der Strafrechtspflege zu politischen Zwecken einzudämmen, wird das neue Strafgesetzbuch beherrschen. Er wird den künftigen Volksrichtern die Möglichkeit geben, trotz Vorliegens der objektiven Voraussetzungen der Straftat beim Vorliegen triftiger Entschuldigungsgründe des Täters von Bestrafung ganz

oder teilweise abzusehen. Das System der bedingten Verurteilung wird seinen Einzug in unser Strafgesetzbuch halten müssen. Es gibt in den dazu geeigneten Fällen demjenigen, der gegen die Rechtsjahungen verstoßen hat, die Möglichkeit, durch reuenvolles Verhalten und gute Führung während einer Bewährungsfrist sich von der Verbüßung der erkannten Strafe zu befreien. Die Barbarei des geltenden Strafrechts, Kinder vom vollendeten zwölften Lebensjahre ab in die Gefängnisse zu sperren und sie dadurch zu unbesserlichen Verbrechern zu machen, wird zu beseitigen sein. Die Strafmündigkeitsgrenze ist auf das vollendete sechzehnte Lebensjahr festzusetzen. Für die jugendlichen Uebeltäter muß dafür eine von wirklich sozialem Geiste durchdränkte Fürsorgeerziehung eingreifen. Die moderne Psychiatrie hat erkannt, daß es zwischen den Fällen der strafrechtlichen Unzurechnungsfähigkeit und der vollen Zurechnungsfähigkeit solche verminderte Zurechnungsfähigkeit gibt. Das neue Strafgesetzbuch wird sich dieser Erkenntnis nicht verschließen dürfen. Die Motive der Straftat werden in Zukunft eine größere Berücksichtigung finden müssen. Niemand, der aus ehrenhaften Motiven gehandelt hat, wird einer entehrenden Strafe zugeführt werden dürfen.

Auch der besondere Teil des Strafgesetzbuches, der die einzelnen Verbrechenstatbestände und ihr Strafmaß anführt, bedarf eingehender Umgestaltung. Der Meinungsfreiheit und der politischen Betätigung sind die Fesseln zu nehmen. Straftatungen, die unseren geläuterten Ansichten nicht entsprechen, sind zu beseitigen. Es sei erinnert an die Bestrafung der Gotteslästerung, der Abtreibung, der nur pathologisch und nicht kriminalistisch zu bewertenden Homosexualität. Daß daneben auch der Moder der alten vorhistorischen Landesstrafgesetze zu verschwinden hat, bedarf wohl keiner Erörterung.

Mit der Umgestaltung des Strafgesetzbuches muß diejenige des Strafprozesses Hand in Hand gehen. Wenn auch der sozialistische Staat der Straftatbeständen nicht entbehren kann, so soll doch jeder Volksgenosse das Empfinden haben, daß ihm die vollendetsten Rechtsgarantien gegen eine ungerechte Verurteilung zur Seite stehen. Bisher war die Ausübung der Strafrechtspflege wesentlich in die Hände kapitalistisch interessierter Richter gelegt. Einige von ihnen gaben sich gar nicht die Mühe, aus den Fesseln ihrer Klasseninteressen herauszugelangen. Aber auch den andern war es meist unmöglich, sich von ihrer kapitalistischen Befangenheit zu befreien, mögen sie auch die besten Vorzüge hierzu gehabt haben. Dem marxistisch Gebildeten muß diese Tatsache selbstverständlich erscheinen. Erst die Beseitigung der Klassengegenstände kann die Befreiung von der Klassenjustiz bringen. Die sofortige Entfernung derjenigen Strafrichter, die sich zu Vätern des Kapitalismus erniedrigt haben, verträgt keinen Aufschub. Das Richteramt ist eines der höchsten Ehrenämter, die das Volk zu vergeben hat. Eine gedeihliche Strafrechtspflege ist nur möglich, wenn sie vom Vertrauen des Volkes getragen wird. Die neue Rechtsordnung wird die Wahl der Richter durch das Volk bringen, wie sie in der Schweiz schon längst besteht. Die Folge dieser Maßnahme wird eine intensive Kontrolle der Strafrechtspflege durch die Volksgenossen und ein erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl bei den Richtern sein. Wie weit auf dem Gebiete der Strafrechtspflege die Institution der gelehrten Richter beizubehalten ist, wird ein Ergebnis sorgfältiger Erwägungen sein müssen. Mit der Beseitigung der Klassenunterschiede wird dieses Problems seine Schärfe verloren haben. Immerhin erscheint eine Vermehrung des Einflusses der Laienrichter unabwendbar. Das Vorverfahren, der dunkelste Punkt unseres geltenden Strafprozessrechtes, ist von Grund aus umzugestalten und seines inquisitorischen Charakters zu entkleiden. Das unbefränkte Recht der Verteidigung muß dem Angeeschuldigten vom ersten Augenblick an

\* Aus dem „Sozialist“, Verlag Fasanenstr. 58.

gegeben sein. Die Heimlichkeit des Vorverfahrens ist zu befeitigen.

Selbst die vollkommensten Rechtsgarantien schaffen die Möglichkeit ungerichteter Verurteilungen nicht aus der Welt. Das Recht der Berufung muß dem Angeklagten deshalb im weitesten Umfange gewährleistet werden. Das geltende Recht versagt bekanntlich dem Angeklagten die Berufung gerade in den wichtigsten Fällen.

Das System der Untersuchungshaft, das so viele Existenzen schuldlos vernichtet hat, muß gründlich geändert werden. In welchem Umfange es gehandhabt wurde, mag die Tatsache zeigen, daß z. B. in Berlin ein einziger Richter jährlich etwa 5000 Haftbefehle erläßt und damit ohne jede mündliche Verhandlung Tausende von Existenzen vernichtet und Tausende von Lebensjahren ausgestrichen hat, in nicht wenigen Fällen wohl auf Grund falschen Verdachts. Die Untersuchungshaft ist bei der Ungevißheit ihrer Dauer oft eine schlimmere Marter als die Strafbast, und hoch wird sie ohne jedes vorherige Gehör des Beschuldigten auf bloßen Verdacht hin verhängt. Ihre Dauer erstreckt sich mitunter auf Jahre, ist doch z. B. der gewiß nicht sonderlich sympatisch geachtete Held des Schieberprozesses Schiffmann jetzt bereits seit 6 Jahren in Untersuchungshaft. Unser geläutertes Rechtsbewußtsein verlangt die Einschränkung der Anwendungsfälle der Untersuchungshaft, größere rechtliche Garantien vor und nach ihrer Verhängung und, soweit sie unabwendbar erscheint, möglichst geringe Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit bei ihrem Vollzuge, sowie Beschränkung ihrer Zeitdauer.

Die Erörterung der Untersuchungshaft leitet zu den wichtigsten Problemen des Strafvollzuges über. Hier liegt zur Zeit noch so gut wie alles im argen. Der primitive Gedanke der Vergeltung muß definitiv aus der Strafrechtspflege verschwinden. Er muß ersetzt werden durch den Besserungsgedanken, der sich bemüht, den Gefangenen zu einem nützlichen Glied der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Der prozessuale Strafvollzug wird zum herrschenden System zu erheben sein. Die Strafvollziehung zerfällt hierbei in verschiedene Stadien, in deren Verlauf der Uebelster allmählich an ein geordnetes Leben in Freiheit gewöhnt wird. Stets ist in dem Gefangenen der Mensch zu achten. Der soziale Sinn und das Gefühl für das Gute und Schöne ist in ihm zu erwecken. Jede unnötige Härte ist zu vermeiden. Nicht mehr soll wie jetzt das *lasciate ogni speranza* (laßt alle Hoffnung fahren) die unsichtbare Aufschrift an den Portalen unserer Strafanstalten sein. Der Anstaltsbeamte soll nicht mehr Kerkermeister, sondern ein liebevoller väterlicher Freund selbst des scheinbar verkommensten Menschenbruders sein. Produktive Arbeit an Stelle des heutigen Wollzupfens und Lütenlebens wird ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen. Unterricht und gute Bücher sind wirksamere Besserungsmittel als Dunkelzelle und hartes Lager. Sobald der Besserungszweck der Strafe erreicht ist, ist der Sträfling unter der Bedingung künftiger guter Führung zu entlassen, mag auch die erlassene Strafe noch nicht verbüßt sein. Selbst dem Unverwehlichen gegenüber ist jede Härte zu vermeiden, die über den Zweck der Ausscheidung dieses Schädlings aus der sozialen Gemeinschaft hinausgeht.

Wahrlich, die hier erörterten Aufgaben sind des Schweresten der Edelsten wert. Möge ihre Erfüllung nicht gar zu lange auf sich warten lassen!

## Die Unabhängige Sozialdemokratie.\*)

Von Heinrich Ströbel.

Der Verlauf des Krieges und die Revolution hat die Unabhängige Sozialdemokratie in eine eigenständige Lage versetzt. Der Zwang der historischen Ereignisse hat sie mitten zwischen zwei sozialistische Parteien gestellt, zwischen den Mehrheitssozialisten und den Spartakus-Bund. Aber es waren nicht nur die Verhältnisse, die ihr diese Stellung aufzwangen, sondern auch, und vor allem, ihre Grundsätze und die Gebote der politischen Vernunft.

Mit beiden Nachbarparteien hat die U. S. D. Berührungspunkte und gemeinsame Interessen. Dennoch kann sie sich weder mit der einen noch der anderen verschmelzen, weil sie nicht ihr innerstes Wesen verkümmern und ihre geschichtliche und politische Mission treulos verraten.

Mit den Mehrheitssozialisten verbindet die U. S. D. das gemeinsame Interesse an der Sicherung der revolutionären Errungenschaften, der Verankerung der Demokratie und der Durchsetzung erster sozialistischer Maßregeln. So un-demokratisch und anti-revolutionär auch die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges war: der Gang der außer- und innerpolitischen Ereignisse und die mit elementarischer Kraft hereingebrochene und nachwirkende Revolution zwangen die Mehrheitssozialisten unwiderstehlich in den Dienst der Demokratie und des Sozialismus, sie

in diesem Dienst zu erhalten und vor reaktionären Klüften und Seitenprüngen möglichst zu bewahren, ist die historische Pflicht der U. S. D., die durch die Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung mit den Mehrheitssozialisten die Möglichkeit der marxistischen Kontrolle und der paritätischen Mitbestimmung der Politik des Reiches und Preußens gewonnen hat.

Von der Revolution vor die Pflicht der Uebernahme der Staatsgewalt gestellt, gab es für die U. S. D. keinen Zweifel. Allein konnte sie nicht die Regierungsgewalt ergreifen — dazu fehlten ihr die breiten Massen des Volkes und die gewaltige Zahl der benötigten organisatorisch und propagandistisch befähigten Kräfte. Selbst die in der Regierungsgewalt geeinigten Parteien haben daran wahrhaftig keinen Ueberfluß. Die Unabhängigen mußten sich also entweder mit den Mehrheitsparteiern in die Macht teilen, oder in der bloßen Opposition verharren, auf die Gefahr hin, die Mehrheitssozialisten dem Bürgerturn wieder in die offenen Arme zu treiben. Eine solche Stellungnahme aber hätte die Lebensinteressen des Proletariats verfehlt. Sie hätte neue Spaltungen und Gegensätze erzeugt und dadurch die ohnehin schon konfliktswahrgewordenen Zustände bis zur Katastrophe zuspitzt. Es wäre aber eine Fiktion gewesen, in einer Zeit des totalen wirtschaftlichen Niedergangs, angefaßt des Hungers, der völligen sozialen Desorganisation und der drohenden feindlichen Invasion das Proletariat selbst durch unnütze Bruderkämpfe zu schwächen und zu zerfleischen und dadurch den Triumph der auf der Lauer liegenden Konterrevolution heraufzubeschwören.

Im Interesse der Vereinigung aller proletarischen Kräfte hätte es die U. S. D. freudig begrüßt, wenn auch die Spartakusgruppe sich an der Regierung beteiligt hätte. Leider haben deren Führer das bis zur Stunde abgelehnt.

Das politische Zusammenwirken der U. S. D. mit den Mehrheitssozialisten bedeutet keineswegs die Preisgabe einer selbständigen Politik. Für die Haltung unserer Partei sind nicht Opportunitätsrücksichten ausschlaggebend, sondern ihre Grundsätze und ihre inneren Ueberzeugungen. In dem Augenblick, wo das Verbleiben in der Regierung uns das Opfer einer Ueberzeugung auferlegen würde, wäre das Ausscheiden unserer Vertreter aus der Regierung eine Selbstverständlichkeit. Nichts wäre deshalb auch irriger, als die Annahme, daß nunmehr die Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit verschwunden oder gegenstandslos geworden wären. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit findet ihre Rechtfertigung gerade in der Pflicht, die schärferen Tendenzen und die besonderen Auffassungen der U. S. D. so nachdrücklich als möglich in der Regierungspolitik zur Geltung zu bringen.

Zunächst besteht zwischen Mehrheit und Minderheit der Unterschied in der Beurteilung der Schuldfrage und der daraus abzuleitenden politischen Positionen. Diese Frage hat keineswegs nur historischen Charakter, liegt durchaus nicht nur in der Vergangenheit und in einer fernen Zukunft. Sie beeinflusst vielmehr ganz offensichtlich das wichtigste Problem der Gegenwart: das des Friedensschlusses. Während die Mehrheitssozialisten in unbegreiflicher Verblendung mit dem im Ausland so verrufenen Solf, Erzberger und David zu einem erträglichen Frieden zu kommen plaudern, sind wir der Ueberzeugung, daß es das selbstverständliche Gebot der politischen Vernunft ist, bei den Friedensverhandlungen der Entente unbefangene Männen gegenüberzutreten, ganz unerlet, wie man immer über Hoch, Clemenceau und Lloyd George denken mag. Zudem: sobald erst einmal die schreckliche Not der Zeit überwunden und wieder ein klares politisches Denken und ein differenziertes Parteilieben möglich sein wird, wird für die Gewinnung der Massen die Frage der Schuld am Kriege und an der Kriegsverlängerung die wichtigste Rolle spielen. So, mehr noch schon während der bevorstehenden Wahlpropaganda werden diese Fragen von beträchtlichem Einfluß sein.

Aber auch in den Fragen der Demokratie und der Wirtschaftspolitik wird die U. S. D. nicht nur in den Ministerien und sonstigen Verwaltungsstellen, sondern erst recht in ihrer Presse und Propaganda die vorwärtstreibende Kraft sein müssen. Das Liebesgelingen mit dem Bürgerturn und die sanfte Kompromisspolitik ist den Mehrheitsparteiern schon jetzt zur Gewohnheit geworden, als daß nicht der U. S. D. die Rolle des unausgelebten Drängens zufiele.

Je leichter die Mehrheitspartei die Gefahr der Militärlich-bourgeoisen Gegenrevolution nehmen, desto ernstlicher müssen wir die er überaus schweren Gefahr zu begegnen suchen. Der Einfluß der Generalkat, der Offizierslose, des Militarismus überhaupt, muß restlos gebrochen werden. Die Demobilisierung ist peinlich zu überwachen, vom Hauptquartier und Kriegsministerium an bis in die letzte Stuppe und Winde Garnison. Der Rindus der Hindenburg und Genossen muß rücksichtslos zerissen, ihre Popularität mit allen Mitteln der Aufklärung zerstört werden. An die Stelle der alten Armee hat die Bewaffnung zuverlässiger proletarischer Elemente zu treten.

Und wie hier, muß auch in allen Zweigen der zivilen Verwaltung rücksichtslos durchgearbeitet werden. Die Demokratie muß die Reaktion aus all ihren jetzt noch so zahllosen Schützengängen bezaustreiben.

Nicht minder muß die U. S. D. die Mehrheitspartei auf dem Gebiete der Sozialisierung, des Steuerwesens, der Sozialpolitik, der Schul- und Kulturpolitik vorwärts zu drängen suchen. Die Beteiligung der U. S. D. an der Regierung bedeutet ja keineswegs, daß die Presse und die Agitation der Partei verächtlich abgedämpft werden müsse. Nein, sie sollen mit aller Fortschritte die sozialdemokratischen Forderungen erheben, unzulängliche Regierungsmaßnahmen kritisieren und die Regierung zu rascherem Tempo anstreifen. Was gefordert werden kann und muß, ist allein, daß keine unsinnigen und unmöglichen Forderungen erhoben, daß der Regierung nicht leichtfertig

Knüttel zwischen die Beine geworfen werden, mit einem Wort, daß man nicht in die häßlich stumpflose Demagogemanier des Spartakus-Bundes und der „Neuen Fahne“ verfällt.

Darüber, daß die Spartakusmänner uns gefühlsmäßig unendlich viel näher stehen, als die Scheidemannmänner, bedarf es keines Wortes. Ebenso wenig darüber, daß ihre scharfe Kritik in vielen Punkten berechtigt ist. Und doch trennt uns von ihnen eine unüberbrückbare Kluft: ihr bolschewistisches Programm, ihre Ermahnung und Befolgung der russischen Revolutionsmethoden.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Demokratie, der Nationalversammlung. Die Spartakus-Gruppe dagegen erstrebt statt der Konstituante die unbegrenzte Dauerherrschaft der U. S. D. und S. D., die Natur des Proletariats in der Form des Gewaltregiments der sozialistischen Arbeiterkraft.

Wir glauben an einen organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betrachten die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung. Die Spartakusgruppe dagegen will sofort die weitgehendste Sozialisierung vorgenommen und die Demokratie nicht als das Mittel, sondern als das Ergebnis eines solchen unvermittelten Sozialisierungsprozesses betrachtet wissen. Die Spartakusgruppe vertritt davon dem Proletariat Freiheit und Wohl-ergehen; während wir von dieser russischen Methode nur den sozialen Vankeroß, die wirtschaftliche Anarchie und den allgemeinen Hunger befürchten.

Wir stehen auf dem Boden des Marxismus, auf dem Boden aller bisherigen theoretischen Auffassungen, auf dem Standpunkt, den Lautsky jahrzehntelang unangekämpft in seinem Erharteter Programm und seinen zahlreichen Schriften über die Form der Sozialisierung der Produktionsmittel vertreten hat. Die Spartakusgruppe dagegen empfiehlt die Methoden der Lenin und Trotzki, trotzdem deren Ergebnisse so abschreckend sind, wie nur möglich, da sie das russische Wirtschaftsleben total zerrütet haben.

Beide Auffassungen aber schließen einander aus, bekämpfen sich wie Feuer und Wasser. Darum ist es notwendig, nicht nur mit aller Deutlichkeit den Trennungspunkt nach rechts, sondern auch den nach links zu ziehen. Nur wenn wir die volle Klarheit über unsere Ziele und unsere Methoden verbreiten, verbreiten wir Verwirrung und Desertion in unseren eigenen Reihen, pflanzen wir eine weithin sichtbare Störzwärme auf, um die sich alle Gleichgesinnten sammeln.

Die Situation, in der Mitte zwischen zwei extremen Parteien zu stehen, mag nicht angenehm erscheinen. Primitive Naturen und mangelhaftem Unterscheidungsvermögen dünkt eine solche Mittelpartei leicht als eine Partei des Kompromisses und der schwächlichen Unentschiedenheit. In Wirklichkeit hat aber gerade die U. S. D. mit unerbittlicher Grundhaftigkeit eine Politik der konsequenten Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus zu treiben, unbeeinträchtigt von allem Geschehen von links und rechts. Und ohne jede opportunistische Rücksichtnahme auf Strömungen, die momentan populär sein mögen, gerade weil sie durch soziale Unkenntnis und politische Leichtgläubigkeit begünstigt werden.

Aber solchen Strömungen hat der beste Teil der Sozialdemokratie niemals Rechnung getragen. Und die Partei ist dabei gut gefahren. Und sie wird auch diesmal die Früchte einer ehrlichen, unbeeinträchtigt grundsätzlichen Politik ernten, wenn sie sich treu bleibt und für völlige Klarheit ihres Willens und Handelns Sorge trägt!

## Brot, Friede, Freiheit!

Ein Mahnwort an die Heimkehrenden.

Das deutsche Volk hat durch den von seinen früheren Nachbarn frevelhaft angezettelten Krieg einen Zusammenbruch erlebt, wie wohl nie zuvor ein großes entwickeltes Volk. Nach viereinhalb Jahren unerbittlichster Opfer an Gut und Blut steht es nun vor einem Trümmerruinen und muß seine letzten Kräfte zusammenraffen, um aus dem Zusammenbruch zu retten, was noch zu retten ist.

Einsichtige, ihrer Verantwortung bewusste Politiker, haben diesen Zusammenbruch seit Jahren vorausgesehen und zum schmerzlichen Frieden gedrängt. Ihre Stimmen wurden überlaut vom Gebel der Belagerer und Kriegsgewinner, die nicht genug zusammenraffen konnten an fremdem Gut und am Blutzins des eigenen Volkes. Unsere Partei, die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die als einzige politische Partei Deutschlands gegen den Krieg kämpfte und jedes Kompromiß mit der Regierung und den Kriegsparteien ablehnte, wurde gefesselt und gefesselt. Hunderte von uns schmachteten in den Gefängnissen, weil sie bestritten waren, dem Volke die Wahrheit zu sagen und den Dummkreis der Lüge und des Betruges zu zerreißen, in dem es von seinen Betrüggern, von allen sie führenden Parteien gehalten wurde.

Die Novemberrevolution hat alle diese Schandigen fortgesetzt. Mit einem Ruck hat das aufständische Volk seine Fesseln abgestreift und von der Regierungsgewalt Befreiung ergriffen. Die geistigen Herren rückelten nach dem Auslande oder verflochten sich in den Raufschern Jbuen grante vor der Verantwortung, die auf ihnen lastete, und sie überließen quäbldigt die Regelung ihrer Parteilosigkeit den neuen Herren — dem revolutionären Volk.

Jetzt nach wenigen Wochen der Revolution, beginnen sie sich wieder zu regen. Ihre offenen und verkappten Soldaten in der Presse und in den Versammlungen suchen den Boden für die Wiederaufrichtung der alten Ordnung vorzubereiten. Sie appellieren an die niedrigsten Instanzen, sie hegen alle Klaffen, Notionen, Klände gegeneinander, sie führen Protracht und Unordnung — sie, die sich sonst stolz rühmten, die berufenen Hüter der „Ruhe und Ord-

\*) Wir geben die obigen Ausführungen wieder, ohne uns dieselben vollständig zu eigen zu machen.

nung" zu sein. Ihre größte Hoffnung blieben die heimkehrenden Soldaten. Sie wissen sehr wohl, daß sie sich mit ihrem läugerischen Reden nicht an jene Soldaten und Arbeiter heranwagen dürfen, die die Revolutionstagen miterlebt, die selbst im Kampfe um die Freiheit gestanden haben. Sie wenden sich deshalb mit Vorliebe an jene Truppenkörper, die noch gefesselt von der eisernen Kommandogewalt der Offiziere und von der politischen Aufklärung ferngehalten, den Vorgängen im Reich ohne genügendes Verständnis gegenübersehen. An diese Soldaten wendeten sie sich und rufen sie immer lauter auf zum Kampf gegen die Errungenschaften der Revolution.

Was versprach, fragen sie kreischend, die Revolution — und was hat sie gehalten, was ist Wirklichkeit? Friede, Freiheit und Brot habe die Revolution versprochen. Aber nichts von diesen Versprechungen habe sie gehalten. Nur noch schlimmer sei es während der Revolution geworden.

Jedem halbwegs mit den politischen Dingen Vertrauten ist die Nichtswürdigkeit und Verlogenheit dieser Geheereten klar. Aber für diejenigen, die nach Jahren der Mühsal von der Front ohne Kenntnis der bisherigen Vorgänge und verärgert von der "vaterländischen" Propaganda der Offiziere in die Heimat zurückkehren, sind einige aufklärende Bemerkungen vonnöten.

Zunächst: Wie ist es zum Abbruch des Krieges, zum Abschluß des Waffenstillstandes, zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen gekommen? Wir, die Führer und Träger der Revolution, haben zum Frieden, zur Verständigung mit den Gegnern gedrängt. Wir haben verlangt, daß jede Gelegenheit wahrgenommen werde, um zu einem demokratischen Frieden, zu einem Frieden der Völker zu gelangen. Wir haben unsere ganze Kraft eingesetzt, daß nicht andere Völker vergewaltigt, sondern ein Friede ohne Eroberungen und Entschädigungen auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker geschlossen werde.

Es bestand oftmals die Möglichkeit, zu einem solchen Frieden zu gelangen. Namentlich, nachdem die russische Revolution im Frühjahr 1917 die Welt erweckt und eine gewaltige Strömung für den demokratischen Frieden in allen Ländern entfesselt hatte. Aber die deutschen Machtpoliten und Weltverderber waren in erster Linie mit dabei, jede Friedensmöglichkeit im Keime zu ersticken, jede Bewegung für den demokratischen Frieden einzudämmen und zu kompromittieren. Sie vor allem trugen die Schuld, daß der Krieg viereinhalb Jahre währte und Europa in einen Trümmerhaufen verwandelte. Sie waren es auch, die ein Volk nach dem anderen in den Krieg gegen Deutschland hineinzogen, die zuletzt noch durch den wahnsinnigen U-Boot-Krieg uns Amerika zum Feinde machten und die durch den Schmachtfrieden von Versailles bei allen Völkern nur den einen Wunsch in den Vordergrund drängten: die blutige Bestie des preussisch-deutschen Militarismus im Interesse des Weltfriedens zu Boden zu schlagen.

Dann, als alle Kräfte erschöpft, alle Reserven aufgebraucht, alle Bundesgenossen verloren waren, froh die Bestie selber winzeln zu Kreuze. Ludendorff war es, der schließlich selber den damaligen Reichskanzler Max von Baden zum Abschluß des Waffenstillstandes drängte. Die Schuldigen verloren im letzten Augenblick so sehr den Kopf, daß das Verhandlungs wie eine Sturzwehle über Land und Volk hereinbrach.

Wäre die Revolution nicht gekommen, so stünde heute General Koch in Berlin. Die regellos zurückstufenden Truppen hätten das ganze Land in ein Chaos verwandelt; Hungernot, Stilllegung der Industrie, des Handels, des Verkehrs, Raub, Mord und Plünderung ständen auf der Tagesordnung. Und in der allgemeinen Anarchie hätten die Feinde sich als "Schützer der Ordnung" betätigt.

Vor diesem Unheil hat uns nur die Revolution bewahrt. Nur die Organe der Revolution, die Arbeiter- und Soldatenräte, vermochten der ungeheuren Schwierigkeiten der verflochtenen Wochen Herr zu werden. Nur die von ihnen getragene sozialistische Regierung hatte die Kraft, Land und Volk vor dem drohenden Chaos, vor der Anarchie zu retten. Nur sie besitzt auch bei den gegnerischen und neutralen Völkern jenes Vertrauen, das die notwendige Voraussetzung für einen baldigen Friedensschluß bildet. Nur sie vermag schließlich, eben weil sie ein Bestandteil des arbeitenden Volkes ist, aus diesem Volke das Höchstmögliche an schöpferischen Leistungen herauszuholen und das zu vollbringen, was die konterrevolutionären kapitalistischen Klassen nicht zu vollbringen vermögen.

Genau vermag die sozialistische Regierung, vermögen die Arbeiter- und Soldatenräte nicht, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und das Reich in der schwersten Zeit seit seinem Bestehen in den wenigen Wochen in ein Paradies zu verwandeln. Was aber wäre aus diesem Reiche geworden, wenn die Urheber und Nutznießer des Krieges mit samt ihrer Parasitenbande an der Regierung gelieben wären? Wie stünde es um Brot, Frieden und Freiheit, wenn die Ludendorff, Hertling und Konraden die blutbesudelte Kriegsdiktatur in Händen hätten?

Diese Fragen stellen, heißt, sie beantworten. Keine Macht der Welt wird das deutsche Volk überzeugen, daß das furchtbare alte System auch nur für einen Tag erhaltensberechtigt ist. Die Geschäfte hat dem deutschen Volke seinen neuen Weg vorgezeichnet. Es ist der Weg der revolutionären Umgestaltung, der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus, im Geiste der Gemeinschaftsarbeit und Demokratie. Nur auf diesem Wege findet es das, was es braucht: Brot, Frieden und Freiheit.

### Um die katholische Kirche besorgt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages in Breslau, Löbe und Dr. Hader, hat an den Bischof Dr. Vertram einen offenen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Die katholische Geistlichkeit, insbesondere auch die katholischen Bischöfe Deutschlands haben bisher den Standpunkt vertreten, daß jeder gute deutsche Katholik verpflichtet sei, Anhänger des Zentrums zu sein. Erst in der letzten Zeit hat man die Zugehörigkeit zu einigen anderen rechtsstehenden Parteien für vereinbar mit der katholischen Weltanschauung gehalten. Dagegen sind die Vertreter der katholischen Kirche noch immer fast einmütig der Ansicht, daß ein guter Katholik nicht der sozialdemokratischen Partei angehören dürfe. Wir bitten nun den Herrn Fürstbischof, angesichts der veränderten Verhältnisse den bisher vertretenen Standpunkt aufzugeben und die öffentliche Erklärung abzugeben, daß den Katholiken die Zugehörigkeit zu jeder politischen Partei einschließlich der Sozialdemokratie gestattet wird.

Aus der Begründung seien folgende Bemerkungen wiedergegeben:

Wenn Sie unserem Antrage stattgeben, so werden zwei Folgen eintreten. Zunächst werden zahlreiche Katholiken, die bisher sich durch Gewissensbedenken haben zurückhalten lassen, der sozialdemokratischen Partei beitreten. Wir bezweifeln nicht, daß dies der Hauptzweck unseres Antrages ist. Aber wir wünschen auch mit unsren gut katholischen Mitbürgern in Ruhe und Frieden zu leben. Und dieser Friede zwischen der sozialdemokratischen Partei und der katholischen Kirche wird sofort hergestellt sein, wenn unsere Bitte erfüllt wird.

Die zweite Folge wird die sein, daß zahlreiche Katholiken, die ihren Weg so oder so zur Sozialdemokratie finden werden, nicht mehr gezwungen sind, hierbei der katholischen Kirche den Rücken zu kehren. Hieraus wird der katholischen Kirche ein großer Gewinn entstehen. Auch liegt es gewiß im Sinne der katholischen Kirche, wenn auf dem angegebenen Wege die Angriffe der sozialdemokratischen Presse auf die katholische Religion aufhören. Es werden daher durch die Genehmigung unseres Antrages beide Teile gewinnen.

Ist die Sorge um die katholische Kirche nicht rührend?

### Wilhelm des Letzten Flucht.

Aus den Papieren eines Hofbeamten.

Im Vorwärts finden wir darüber folgende Darstellung: Am Dienstag, den 29. Oktober, nachmittags 1/2 3 Uhr, erhielt ich vom Schloß her Befehl, sofort zu kommen. Ich machte mich auf den Weg dorthin und nahm, etwas von einer bevorstehenden Abreise ahnend, meine zur Reise nötigen Papiere mit. Im Schloß angekommen, erhielt ich den Auftrag, mich mit dem mir zugeordneten Personal fertig zu machen, um abends 11 Uhr vom Bahnhof Wilhelmsdamm die Nette nach Spaa im Hofzuge anzutreten. Ich besorgte Proviant für zirka zehn Tage aus dem Kriegsmagazin im Schloß, wofür ich ungeheure Schame an Lebensmitteln jeglicher Art aufgestapelt lagerten, und ließ sie in den Hofzug verladen. Am 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr trafen wir in Spaa ein; der Kaiser, sein Gefolge (16 Herren) und zirka 45 Personen Dienerschaft blieben im Zuge wohnen. Am 3. November unternahm der Kaiser eine Fahrt an die Front nach Moost-Nord in Belgien, wir verließen diesen Bahnhof schon mit Verspätung, wären wir noch zehn Minuten dort geblieben, dann wären wir heute nicht mehr, denn zehn Minuten nach Abfahrt des Hofzuges (der Kaiser war mit einigem Gefolge in Automobilen weggefahren) wurde der Bahnhof durch sechs französische Flieger vollständig in Trümmer gelegt, desgleichen ein Munitionstransportzug und ein Lazarettzug mit sämtlichen Verwundeten und Kranken. Auf der Heimfahrt sahen wir die sechs feindlichen Flieger noch über unserem Zuge, da sie aber alle Bomben wohl in Moost abgeworfen hatten, konnten wir von Glück reden.

In Spaa, gegen Mittag, am 4. wieder angelangt, hieß es: wir fahren heute abend nach Berlin; unsere Freude war groß, es kam aber anders. Der Kaiser hatte dem Ersten des Generalstabes, so bald als möglich Spaa den Rücken zu kehren, da seine Anwesenheit Schlimmes zu befürchten gäbe, nicht stattgegeben, sondern bezog die schon vorher bewohnte Villa "Fronoise" von neuem. Ich hatte im Zuge mit allerlei zu kämpfen; die Kuriers, die neuen, neuen Proviant, Fleisch, Geflügel, Gemüse usw. von Berlin bringen sollten, blieben aus, was machen? Ich sagte nun dem Hofrat . . . er möchte zusehen, vom Proviant Nötiges für uns zu besorgen; das ging auch in beschränktem Maße. Am Sonnabend, den 9. November, nachmittags sechs Uhr, kam die Nachricht in den Zug, der Kaiser kommt mit sämtlichem Gefolge herunter und verbleibt im Zuge. Was war das, fragten wir uns. Nach einigem Überlegen kamen wir aber zum richtigen Schluß. — Flucht.

Gegen zehn Uhr, als der Kaiser den Spelwagen verlassen hatte, wurde mir befohlen, ich möchte zu morgen (rüd 5 Uhr (am 10.) für den Kaiser, sechs Herren vom Gefolge und zirka acht Leute vom Bedienten, Reiseführer bereit halten, und zu 1/2 5 Uhr das erste Frühstück, da um 5 Uhr die Automobille zur Weiterfahrt (Flucht nach Holland) bereitstehen. So kam es nun, der Kaiser verließ morgen fünf Uhr den Zug und flog in Automobilen über die holländische Grenze, und wir fuhren im Zuge nach und trafen gegen 10 Uhr in Effen (Holland) an. Raum, das der Zug hielt, hörte wir von Leuten einer gegenüber dem Zuge liegenden Fabrik die höhnische Frage, ob wir nach Paris wollten, da müßten wir in der entgegengekehrten Richtung fahren.

Am Montag, den 11. morgens 9.10 Uhr fuhren wir von Effen über Moostrecht nach der Station Mann; was wir auf dieser Fahrt erlebt haben, ist einfach unbeschreiblich, jede einzelne Station, die wir

passierten, wimmelte wie ein Ameisenhaufen, und ein jeder wollte den anderen im Fahren, Pfeifen, Gähnen, Hochrufen, Zungenzucken, Auspelehen usw. überlagern. Um 3 Uhr nachmittags trafen wir auf der Station Mann ein, der Kaiser wurde von dem Grafen Ventini von Amerongen empfangen, dessen Gast er nun als Internierter ist. Dortselbst scheint er sich aber sehr wohl zu fühlen, denn er reitet und fährt im Automobil aus wie zu Hause, ja der Leidsüger . . . sagte einmal zu uns: „es fehlt im Schloß des Grafen nur noch, daß sie tanzen.“

Unser Zug wurde nun auf ein totes Gleis geschoben, einige Herren des Gefolges sollten aber darin verbleiben, bis gegen 4 Uhr die Nachricht kam, auch diese Herren nehmen im Schloß des Grafen Wohnung. Als nun alle aufgeschoben waren, glaubten wir uns nun leidlich geborgen, und ich sagte zu meinen Leidensgefährten, was für heute abend zur Tafel des Gefolges hergerichtet war, wollen wir nun in Gemeinschaft verzehren. Wir waren dabei, um uns für ein in aller Ruhe einzunehmendes Abendessen vorzubereiten, als ganz plötzlich R. auf der Bildfläche erschien und uns sagte, wir müssen in einer halben Stunde alle unsere Sachen zusammenpacken und den Zug verlassen, falls wir nicht in ein Internierungslager gebracht werden wollen.

Wohl oder übel mußten wir tun, was er uns sagte, aber — was wir von früher aus Zeitungen gelesen und erzählen hörten, das durften wir jetzt an eigenen Leibe erfahren, und warum? — Wir schleppten nun unsere Sachen 25 Minuten weit über ein Bahngleis zu einem Ort, an dem ein Lastauto stand, das das Gepäck aufnahm; weitere zwei Autos standen zur Verfügung, in dem einen waren die Mädchen schon untergebracht, in dem andern war nur Platz für die höheren Herren, so daß ich als 54-jähriger, der ich 25 Jahre im Hause tätig war, einen Platz auf der Tür des Autos einnehmen durfte.

Wir kamen nun gegen 8 Uhr in Amerongen, unseren Verbannungsort, an, fanden aber sehr gute Ausnahme in einer kleinen Hotel-Pension "Oranjestein" und besaßen auch noch einen Abendmahl. Wir bezogen dann unsere Zimmer, die, alle ohne Defen, sehr kalt waren und doch sagten wir uns, es ist besser als im Internierungslager. In dieser Behausung blieben wir nun, sehr gut versorgt von der Dame des Hauses, bis am Sonnabend, den 17. früh R. in mein Zimmer kam und fragte, ob ich die vier scharfen Schüsse heute Nacht gehört hätte. Auf meine verneinende Antwort erwiderte er: „Ja, ja, wir sitzen hier, wie die Maus in der Falle.“ — Darauf sagte ich, jede gefangene Maus hat das Bestreben, aus der Falle herauszukommen und somit mache auch ich den Versuch: er meinte, dem stünde nichts im Wege, nur reiste ich ganz auf eigene Gefahr.

Ich tat das nun und bin durch die deutsche Gesandtschaft im Haag, woselbst ich meinen Paß erhielt, in den Stand gesetzt worden, der Heimat zuzusteuern, das mir auch glänzend gelungen ist. Nun bin ich wieder in unserem Berlin, das zwar seit meiner Abreise, 29. Oktober, ein anderes Gesicht bekommen hat; hoffen wir aber alle und wünschen, daß sich alles, wenn jeder einzelne in Besonnenheit und reiflicher Ueberlegung handelt, wieder zum Guten, ja zum Besten wendet.

### Die Presse

#### der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Der Herausgabe von neuen Parteiblättern, die von den Genossen an vielen Orten dringend verlangt wird, stehen noch viele technische Schwierigkeiten entgegen. Abgesehen davon, daß sich neue Druckbetriebe gerade jetzt nicht ohne weiteres einrichten lassen, die bestehenden Druckereien aber nur in Ausnahmefällen für den Druck von Tageszeitungen eingerichtet sind, ist die Frage der Papierversorgung noch immer nicht ordnungsgemäß geregelt. Es wird höchste Zeit, daß der Unabhängigen Sozialdemokratie das Maß an Zeitungsdrukpapier zugeteilt wird, auf das sie ihrer ununterbrochen wachsenden Anhängerschaft wegen Anspruch erheben darf.

Immerhin ist die Zahl unserer Parteiorgane in ständiger Zunahme begriffen. Vorläufig läßt sich folgende Liste aufstellen:

- Berlin, Die Freiheit,
- Leipzig, Leipziger Volkszeitung,
- Leipzig, Volkszeitung für das Rudolstadt,
- Pirna, Volkszeitung,
- Halle a. S., Volksblatt,
- Gera, Rheinische Tribune,
- Greiz, Volkstribüne,
- Erfurt, Tribune,
- Leiz, Volksblatt,
- Gotha, Volksblatt,
- Nordhausen, Volkszeitung,
- Draunschweig, Volksfreund,
- Hamburg, Die rote Fahne,
- Hof, Oberfränkische Volkszeitung,
- Münsterberg, Sozialdemokrat,
- Düsseldorf, Volkszeitung,
- Solingen, Bergische Arbeiterstimme,
- Nemtsch, Bergische Arbeiterzeitung,
- Sittigart, Sozialdemokrat,
- Danzig, Das freie Volk.

Der Spartakusbund und die Gruppe der Kommunisten geben daneben noch eigene Blätter in Berlin, Dresden und Bremen heraus.

Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Wochenchrift "Der Sozialist". Für die Frauen wird die Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung, die von Genossin Klara Zetkin redigiert wird, herausgegeben.

## An unsere Leser!

Mit Ende dieses Jahres stellt das „Mitteilungsblatt“ sein wöchentliches Erscheinen ein.

Vor zwei Jahren im Kampfe mit den Regierungsozialisten geboren, hat das „Mitteilungsblatt“ sich nach und nach zu einem Kampfblatt für den revolutionären Sozialismus entwickelt. Aus kleinen Anfängen, als eine Art Protokoll der im Zentralvorstand Groß-Berlin gefassten Beschlüsse nach dem „Vorwärts“-raub hervorgegangen, ist unser Blatt im Laufe der zwei Jahre zu einem Bindeglied aller die imperialistische und nationalistiche Kriegspolitik der Regierungsozialisten bekämpfenden Parteifreunde geworden. Eine vor allem gerechte unabhängige rein proletarische Politik war das Leitmotiv des „Mitteilungsblattes“. Uns galt die Propagierung des reinen Sozialismus als höchstes Ziel. Die revolutionäre Energie des Proletariats zu wecken und zu stärken, war unser Streben, ihm galt unsere ganze Kraft. Dem Proletariat auch im Kriege Selbstvertrauen in die eigene Kraft zu geben, es zu stärken, war unsere erste Pflicht.

Nicht immer konnten wir aussprechen, was ausgesprochen werden mußte. Der Zensur saß uns auf dem Nacken. Vom Juli des Vorjahres bis zum Tage der Revolution standen wir unter der Zensur. Die Arbeit wurde uns furchtbar schwer gemacht; die Unterdrückung, unter der wir lebten, war unerträglich.

Und immer wieder rafften wir uns zusammen; unser Blatt trotzdem erscheinen zu lassen. Zähneknirschend gingen wir Woche für Woche nach dem Oberkommando, um uns immer wieder sagen lassen zu müssen, das, was wir schrieben, sei die direkte Aufforderung zur Revolution und immer uns von den Zensoren unsere besten Arbeiten verbunzen zu lassen. Geistiger Vandalismus. Aber wir blieben fest. Wir machten keine Konzessionen, trotz und trotzdem. Unser „Mitteilungsblatt“ gewann an Lesern und Kämpfern. In allen Orten des Reiches bildeten sich Gruppen der Unabhängigen Partei, die in Ermangelung einer eigenen Presse das „Mitteilungsblatt“ als ihr Blatt erwählten. So wurde das „Mitteilungsblatt“ ein Kampfblatt unserer Partei und das

Organ der vielen aufrecht gebliebenen Parteifreunde im Reich. Unsere Auflage stieg fortgesetzt. Mit 16 000 Lesern fingen wir an — und als der Novembersturm kam, betrug unsere Auflage bereits 40 000. Dabei wanderte das Blatt oft durch viele Hände, besonders an der Front.

Die Novemberrevolution hat eine neue Situation geschaffen. Die Pressefreiheit erlaubt den Genossen, eigene Blätter herauszugeben. Und wenn auch da und dort in der Ausführung noch Schwierigkeiten bestehen, so ist doch der Zweck des „Mitteilungsblattes“ erfüllt. Es hat zu seinem Teil dazu beigetragen, revolutionären Geist in die Massen zu tragen und es kann mit Stolz gesagt werden, daß es zu dem Siege der Revolution erheblich beigetragen hat.

Jetzt gilt es, die Erfolge zu sichern, festzuhalten und zum endgültigen Kampfe bereit zu sein. Das kann geschehen durch die Tagespresse, durch Versammlungen und durch Aufklärungsarbeit überall. Das „Mitteilungsblatt“ kann nunmehr vom Kampfplatz abtreten, seine Mission wird auf breiterer Basis fortgeführt.

In diesem Sinne hoffen wir, daß die Arbeit des „Mitteilungsblattes“ nicht vergeblich war. Sorgen wir alle dafür, daß der revolutionäre Elan nicht eingeschlafert wird und daß der Sozialismus dem endlichen Siege entgegengeführt wird.

### Aus dem Geisteschatz des Sozialismus

„Besorgte Freunde befürchten für die Sozialdemokratie ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht durch eine Revolution. Aber wenn es für uns ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht gibt, so ist es die Gewinnung der Macht, ehe das Proletariat die wirkliche politische Macht errungen hat. Solange dies nicht gelungen, kann die Sozialdemokratie zu einem Anteil an der Staatsmacht nur dadurch gelangen, daß sie einer bürgerlichen Regierung ihre politische Kraft verkauft. Das Proletariat als Klasse kann dabei nie gewinnen, sondern im besten Falle nur die Parlamentarier, die das Verkaufsgeschäft abschließen.“

K. Kautsky:

„Der Weg zur Macht“ (Berlin 1910).

\* \* \*

„Nur die materialistische Geschichtsauffassung erklärt die jeweilige Wirkung bestimmter Ideen. Es fällt ihr nicht ein, zu leugnen, daß jede Epoche ihre besonderen

Ideen hat, die sie bestimmen, daß diese Ideen die Lokomotiven der gesellschaftlichen Entwicklung bilden. Sie bleibt aber dabei nicht stehen, sondern forscht nach der Triebkraft, welche diese Lokomotiven in Bewegung setzt und findet sie in den materialistischen Verhältnissen.“

Karl Kautsky:  
„Thomas More und seine Utopie.“

**U. Hoffmann's Verlag**  
Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur  
G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,  
Bestellungen auf Festgeschenke recht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlforderungen an Vereine bereitwilligst. (Vereinstempel ist der Bestellung beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen entgegengehend  
D. D.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim,  
Bezirk Lichtenberg.

Bei den letzten schweren Kämpfen im Westen fiel unser Genosse

Ferd. Hallwag

Kantstr. 44, 61. Gruppe, 13. Abteilung, 4. Viertel.

Ehre seinem Andenken!

# «Die Freiheit»

Berliner Organ  
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Erscheint täglich 2 mal :: Abonnementspreis 2 Mark im Monat, dazu Postbestellgeld!

«Die Freiheit» ist im 1. Nachtrag der Postzeitungsliste für das Jahr 1919 eingetragen und bei jeder Postanstalt beziehungsweise beim Briefträger zu bestellen.